

# Staatsbankrott oder Steuererhöhungen

Fünf Jahre Finanzpolitik  
der SPD/FDP-Koalition in Bonn

**Die Schuldenlawine wächst immer weiter. 1975 wird das Defizit des Staates eine Größenordnung erreichen, die zwischen 60 und 70 Milliarden Mark liegen wird. Zu dieser Entwicklung erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Strauß: „Diese Regierung hat einfach auf allen Gebieten abgewirtschaftet. Sie hat nunmehr zwischen zwei Übeln zu wählen: zwischen Staatsbankrott und Steuererhöhungen.“ Wie sehr diese SPD/FDP-Koalition unter ihrem jetzigen Kanzler und früheren Finanzminister den Staat mit ihrer unsoliden Finanzpolitik in die Krise getrieben hat, weist die folgende Dokumentation nach, die im Auftrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von Prof. A. Horst Vogel zusammengestellt wurde.**

**D**ie Entwicklungstendenzen der Finanzpolitik seit 1969 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- I. Mehr Staatskonsum, mehr Bürokratie, immer weniger öffentliche Investitionen
- II. Verstärkte Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand zur Finanzierung von mehr Staatskonsum
- III. Stärkere Umverteilungsfunktion der Besteuerung. Die Grenzen der Belastbarkeit werden erprobt (Steffen). SPD-Parteitagbeschlüsse zur Steuerreform werden Regierungsvorlage
- IV. Das Langzeitprogramm der SPD vom Juni 1972 soll verwirklicht werden. Höherer Staatsanteil — höhere Steuern



## Mehr Staatskonsum, mehr Bürokratie, weniger Investitionen

Der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Gebietskörperschaften am Bruttosozialprodukt ist von 1969: 28,7 % auf 1973: 31 % gestiegen. Der Anteil der Staatsausgaben und Sozialversicherungsleistungen zusammen fast auf 40 % in 1973 (Tabelle 1). Das bedeutet, daß fast die Hälfte des Bruttosozialprodukts vom Staat und den Sozialversicherungsträgern verwendet wird, fast jede zweite Mark durch öffentliche Kassen fließt.

Der Anteil der öffentlichen Investitionen an den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand ist ständig gesunken; er betrug 1964: 29,2 %, 1973: nur noch 22,9 %. Dagegen ist der Anteil der Personalausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben ständig gewachsen: er betrug 1964: 23,9 %, 1973: 33,5 % (Tabelle 2).

### Bruttosozialprodukt<sup>1)</sup> (BSP) und Staatsausgaben in den Jahren 1969—1974 (Tabelle 1)

Jahr	BSP	Staatsausgaben <sup>2)</sup>	Sp. 2 in v. H. von Sp. 1	Staatsausgaben einschl. Sozialversicherungsleistungen <sup>3)</sup>	Sp. 4 in v. H. von Sp. 1
	Mrd. DM	Mrd. DM		Mrd. DM	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1969	605,2	173,6	28,7	226,1	37,4
1970	685,6	196,5	28,7	255,6	37,3
1971	761,9	226,6	29,7	293,0	38,5
1972+	834,6	251,6	30,1	326,7	39,1
1973+	930,3	280,6	30,2	370,2	39,8
1974*	1 013,0	315,0	31,1	—	—

<sup>1)</sup> In jeweiligen Preisen

<sup>2)</sup> nach der Abgrenzung der Finanzstatistik

<sup>3)</sup> nach der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

+ ) Vorläufiges Ergebnis

\* ) Schätzung

Die statistischen Zahlen der anliegenden Tabellen beruhen teilweise (insbesondere für die Jahre 1972—74) auf vorläufigen Ergebnissen oder Schätzungen, bei denen noch spätere Korrekturen möglich sind. Die Trendentwicklung wird dadurch nicht beeinflusst.



### Verteilung der Ausgaben der Gebietskörperschaften nach Ausgabearten im Zeitraum 1964—1974 (Tabelle 2)

Jahr	Gesamt- ausgaben <sup>1)</sup>	Aus- gaben für In- vestitionen <sup>2)</sup>	Sp. 2 in v.H. von Sp. 1	Aus- gaben der lfd. Rech- nung <sup>3)</sup>	Sp. 4 in v.H. von Sp. 1	In Sp. 4 enthalt. Perso- nalaus- gaben	Sp. 6 in v.H. von Sp. 1
	Mrd. DM	Mrd. DM		Mrd. DM		Mrd. DM	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1964	126,7	37,0	29,2	89,7	70,8	30,3	23,9
1965	139,4	41,0	29,4	98,4	70,6	34,5	24,7
1966	145,2	38,1	26,2	107,1	73,8	40,8	28,1
1967	155,2	40,2	25,9	115,0	74,1	43,2	27,8
1968	157,6	38,4	24,3	119,2	75,6	45,9	29,1
1969	173,6	43,2	24,9	130,4	75,1	52,1	30,0
1970	196,5	49,8	25,3	146,7	74,7	61,4	31,2
1971	226,6	58,0	25,6	168,6	74,4	73,4	32,4
1972 <sup>+</sup>	251,6	60,3	24,0	191,3	76,0	82,0	32,6
1973 <sup>+</sup>	280,6	64,2	22,9	216,4	77,1	93,9	33,5
1974 <sup>*</sup>	315,0	70,0	22,0	247,0	78,4	108,0	34,3

+) vorläufiges Ergebnis  
 \*) Schätzung  
 1) ohne Schuldentilgung und Zuführung an Rücklagen und ohne den Saldo des Verrechnungsverkehrs  
 2) Sachinvestitionen, Investitionszuschüsse an Dritte, Finanzinvestitionen (Ausgaben der Kapitalrechnung bereinigt)  
 3) Personalausgaben, Sachaufwand, laufende Zinsausgaben, Sozialleistungen (z. B. Kriegsopferversorgung, Wohngeld, Ausbildungsförderung) u. ä. m.  
 4) Aktivitätsbezüge und Versorgung

### Das jährliche Wachstum der Gesamtausgaben, der Ausgaben für Investitionen und Personal — Zeitraum 1969—1974 (Tabelle 3)

Von 1969 bis 1973 sind die Personalausgaben der öffentlichen Hand um 77,1 % gewachsen. Besonders negativ war die Entwicklung in den Jahren 1972 und 1973, in denen die Investitionen nur um 4 % bzw. 6,5 %, die Personalausgaben um 11,7 % bzw. 14,5 % zunahmen (Tabelle 3).



Jahr	Gesamtausgaben	Ausgaben für Investitionen	Personalausgaben
	(1)	(2)	(3)
1968	—	—	—
1969	10,1 %	12,5 %	13,5 %
1970	13,2 %	15,3 %	17,9 %
1971	15,3 %	16,5 %	19,5 %
1972	11,0 %	4,0 %	11,7 %
1973	11,5 %	6,5 %	14,5 %
1974	12,3 %	9,0 %	15,0 %

**Die Zahl und die jährlichen Wachstumsraten der abhängig Beschäftigten in der privaten Wirtschaft (einschl. der Beschäftigten des mittelbaren öffentl. Dienstes) und im unmittelbaren öffentl. Dienst, in den Jahren 1969—1973 (Tabelle 4)**

Jahr	Personal <sup>1)</sup> d. unmittelbaren <sup>2)</sup> öffentlichen Dienstes <sup>3)</sup>		Abhängig Beschäftigte in der privaten Wirtschaft einschl. Anstalten des mittelbaren öffentl. Dienstes	
	Wachstumsrate		Wachstumsrate	
	in Tsd.	in v. H.	in Tsd.	in v. H.
	(1)	(2)	(3)	(4)
1968	3 131	—	18 052	—
1969	3 201	2,1	18 551	2,8
1970	3 325	4,1	18 921	2,0
1971	3 475	4,4	18 921	0,0
1972	3 586	3,2	18 754	—0,9
1973	3 695	3,0	18 799	0,2

<sup>1)</sup> Beamte, Richter, Angestellte, Arbeiter — ohne militärisches Personal der Bundeswehr und ohne Vollzugsdienst des Bundesgrenzschutzes

<sup>2)</sup> Verwaltung, Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost (einschl. Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen; ohne Posthalter)

<sup>3)</sup> Nicht enthalten ist das Personal des mittelbaren öffentl. Dienstes, d. h. Deutsche Bundesbank, Bundesanstalt f. Arbeit und Sozialversicherungsträger unter Bundes- und Landesaufsicht



Die Zahl der Bediensteten im öffentlichen Dienst ist von 1969 bis 1973 um 16,8 %, die Zahl der Beschäftigten in der Wirtschaft im gleichen Zeitraum um 4,1 % gestiegen (Tabelle 4).

## Verstärkte Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand zur Finanzierung von mehr Staatskonsum

Der Staat verbraucht jetzt, was er erst in der Zukunft bezahlen will. Schlechtestes Beispiel liefert der Bund. Die Gesamtverschuldung des Bundes ist seit 1949, also in 24 Jahren, um 41 Mrd. DM (Ende 1973) gewachsen.

Nach dem neuen Finanzplan soll die Verschuldung des Bundes in 5 Jahren (1974 bis 1978) verdreifacht werden auf ca. 126 Mrd. DM bei einem Sinken der Investitionsquote von 17 % in 1973 auf 13 % in 1978.

Die Nettokreditaufnahme der gesamten öffentlichen Hand soll nach den Planungen des Bundesfinanzministers vom Juli 1974 im Jahre 1974: 19 Mrd. DM, 1975: 33 Mrd. DM betragen; dazu sollen bei Bahn und Post für 1974: 6,8 Mrd. DM und 1975: 8 Mrd. DM Nettokreditaufnahme treten.

Nach neuesten Schätzungen wird in 1974 und in 1975 wegen erheblicher zusätzlicher Risiken (Rückgang der Steuereinnahmen, höhere Defizite bei Bahn und Post usw.) mit einer Nettokreditaufnahme allein der öffentlichen Gebietskörperschaften von 26 Mrd. DM in 1974 und ca. 45—50 Mrd. DM im Jahr 1975 (statt wie vom BFM geschätzt 19 bzw. 33 Mrd. DM) zu rechnen sein (ohne Bahn und Post).

Der Zuwachs der öffentlichen Verschuldung betrug

1971	=	11,4 %	
1972	=	12,7 %	
1973	=	7,3 %	
1974	=	15,6 %	} (zugrunde gelegt sind die neuesten Schätzungen)
1975	=	23,4 %	

Diese Verschuldensraten waren schon aus konjunkturpolitischer Sicht nicht zu rechtfertigen.

Es entstehen schwierigste Kapitalmarktprobleme. Die Fortsetzung extremer Verschuldenspolitik geht zu Lasten der privaten Nachfrager am Kapitalmarkt, insb. also der Wirtschaft und der Bauherren. Die „Zinsunempfindlichkeit“ des Staates hat der private Nachfrager nicht.



Soll der außerordentliche Verschuldenszuwachs abgebaut werden, so ist dies nur durch Steuererhöhungen oder stärkere Haushaltskürzungen zu erreichen.

## SPD-Parteitagbeschlüsse zur Steuerreform werden Regierungsvorlage Stärkere Umverteilungsfunktion der Besteuerung Die Grenzen der Belastbarkeit werden erprobt

Der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt wird 1974 —24,4 % betragen, der höchste Stand seit 20 Jahren. Die Steuerbelastungsquote des Bruttosozialprodukts betrug bei Einbeziehung der parafiskalischen Abgaben insb. der Sozialversicherungsbeiträge 36 % im Jahre 1973.

In den letzten 10 Jahren ist das Aufkommen an Lohnsteuer um 450 v. H., an Einkommenssteuer um 60 v. H., an Körperschaftssteuer um 50 v. H. gestiegen. Die heimlichen Steuererhöhungen seit 1970 betragen ca. 30 Mrd. DM. Der Steuerentlastung des Einkommensteueränderungsgesetzes 1975 von 14 Mrd. DM stehen Steuererhöhungen in den Jahren 1972 und 1973 (Tabaksteuer, Branntweinsteuer, 2× Mineralölsteuer) gegenüber, die im Jahre 1975 ein Mehraufkommen von 9 Mrd. DM erbringen.

Die Steuerbelastung der Unternehmen ist ständig angewachsen. Ab 1975 wird bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften die Belastung des steuerpflichtigen Gewinns bis zu 80 %, bei Kapitalgesellschaften zwischen 65 % und 75 % betragen.

Die Erhöhung der vermögensabhängigen Steuern ab 1975 um 2,5 Mrd. DM war schon konjunkturpolitisch eine Fehlentscheidung. Die Belastung mit ertragsunabhängigen Steuern, die in der Bundesrepublik im Vergleich mit allen anderen Staaten der westlichen Welt die höchste ist, wird weiter verstärkt. Die risikoreichen Investitionen der privaten Wirtschaft werden besonders getroffen, die die Voraussetzung für die Erhaltung der Arbeitsplätze in der Zukunft sind.

Eine zusätzliche Belastung mit einer Vermögensbildungsabgabe würde jede angemessene Investitionstätigkeit und Ausschüttungspolitik ausschließen.

Die SPD-Sonderparteitagbeschlüsse zur Steuerreform vom 18./20. 11. 1971 fanden Eingang in die Gesetzesvorlagen der Bundesregierung. Das gilt besonders für die steuerliche Behandlung der Aufwendungen für die Altersvorsorge bei der



Einkommensteuer (§ 10 EStG — Sonderausgaben) und für den Arbeitnehmerfreibetrag. Hierzu wollte die Regierungskoalition den schon vom SPD-Sonderpartitag beschlossenen Abzug mit einem einheitlichen Vomhundertsatz (22 %) von der Steuer im Gesetzgebungsverfahren durchsetzen. Die Opposition und die Mehrheit der Länder lehnten eine solche Systemänderung wegen ihrer totalen Nivellierungstendenzen mit Erfolg ab.

## Das Langzeitprogramm der SPD vom Juni 1972 soll verwirklicht werden Höherer Steueranteil – höhere Steuern

Eine Anhebung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt im Sinne des SPD-Langzeitprogramms um 6 Punkte würde bereits heute, im Jahre 1974, ein Volumen von zusätzlich 60 Mrd. DM jährlich ausmachen. Diese Anhebung des Steueranteils könnte nur mit einer erheblichen Erhöhung der Besteuerung, erhöhter Schuldenaufnahme, erhöhten Gebühren finanziert werden. Wesentliche Steuererhöhungen können z. B. nur durch eine höhere Belastung der breiten Bevölkerungsschichten erreicht werden. Mehrbelastungen nur der höheren Einkommen bringen niemals das angestrebte Mehraufkommen, z. B. die Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer um einen Punkt erbringt nur eine Mehreinnahme von 70 Mio. DM jährlich. Im Langzeitprogramm sind bezeichnenderweise keinerlei Aussagen darüber getroffen, wie der höhere Staatsanteil finanziert werden soll.

Die gegenwärtigen Tendenzen in der Finanzpolitik zeigen, in welchem Umfange bereits die gegenwärtige Regierung dabei ist, die Ziele des Langzeitprogramms allmählich zu verwirklichen.

Daß mit einer solchen Politik die Ziele des Stabilitätsgesetzes, nämlich Preisstabilität, hoher Beschäftigungsstand und angemessenes Wirtschaftswachstum nicht erreicht werden, zeigt die Entwicklung der letzten Jahre.

Die Prioritäten der nächsten Jahre müssen wie folgt gesetzt werden:

1. Überproportionale Steigerung der staatlichen Investitionen.
2. Überproportionale Steigerungen der privaten Anlageinvestitionen.
3. Unterproportionale Steigerung des privaten Verbrauchs.
4. Unterproportionale Steigerung des staatlichen Verbrauchs.

Die 5jährige Regierungszeit dieser Koalition beweist, daß keines dieser Ziele von dieser Regierung erreicht worden ist.



# Zitate

Die langjährige Verharmlosung der Inflation und damit die Ohnmacht der SPD/FDP-Koalition, zum richtigen Zeitpunkt zu handeln, machen folgende Aussagen des früheren Finanzministers und heutigen Bundeskanzlers Helmut Schmidt deutlich:

*„Stabilität ist so ein Modewort. Die Besorgnis um die Stabilität bedrängt mich persönlich nicht so sehr wie andere.“*

(In „Wirtschaftswoche“ vom 29. Oktober 1971)

*„Ich lehne es ab, Stabilität und Wirtschaftswachstum in einem höheren Rang zu sehen als die Vollbeschäftigung. Mir scheint, daß das deutsche Volk — zugespitzt — 5 Prozent Preisanstieg eher ertragen kann als 5 Prozent Arbeitslosigkeit. Schon 3 Prozent Arbeitslosigkeit würden für die Bundesrepublik unerträglich sein.“*

(In „Süddeutsche Zeitung“ vom 28. Juli 1972)

*„Ich möchte das Wort Inflation nicht in den Mund nehmen. Unter Inflation verstehe ich, wenn die Zigaretten vier Mark kosten.“*

(In „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ vom 17. August 1972)

*„Wir betreiben eine breit angelegte Stabilisierungspolitik, ohne dabei die Vollbeschäftigung zu gefährden.“*

(In „Vorwärts“ vom 29. März 1973)

*„Wir werden uns wie bisher anstrengen, den hohen Beschäftigungsstand zu erhalten . . . Unsere Arbeitsplätze sind sicher, unsere Löhne können sich sehen lassen, und bei uns ist der Arbeitsfriede gewahrt.“*

(In der Regierungserklärung vom 17. Mai 1974)

*„Mein im Mai 1972 geprägtes Wort, wonach 5 Prozent Preissteigerung zwar schlimm, aber eher zu ertragen sind als etwa 5 Prozent Arbeitslosigkeit, war richtig. Richtig nicht nur für 1972, sondern auch für 1975 ein absolut notwendiger Maßstab . . . Man kann aber auch noch 6,5 Prozent Preissteigerung eher ertragen als 4,5 Prozent Arbeitslosigkeit.“*

(In „Die Zeit“ vom 8. November 1974)

Und mit diesem Anspruch ist die SPD/FDP-Koalition 1969 angetreten:

*„Unser Ziel lautet: Solidität wird die Richtschnur unserer Finanzpolitik sein.“*

(In der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969)